



Jugend schützen statt Computerspiele verbieten!

Wir Jusos fordern von der SP-Fraktion:

- Keine Medienzensur, kein Verbot von Egoshootern!
- Keine Kriminalisierung von 80% der männlichen Jugendlichen! Jugendschutz und Aufklärung statt Verbote!

Wir bitten die SP-Fraktion dringend, ihren Entscheid zu überprüfen und schlagen anstatt eines blinden Rundumschlags folgende Lösungen vor:

- Verbote von Videospielen, in denen bestimmte Rassen oder Bevölkerungsgruppen diffamiert werden oder spezifisches Ziel von Angriffen sind.
- Gewaltspiele sollen nur noch an Jugendliche ab 16 Jahren und an der Theke gegen Vorweisen eines Ausweises abgegeben werden dürfen.
- Die Lehrpläne müssen schweizweit bereits in der Primarschule den Umgang mit den elektronischen Medien umfassen. Dazu braucht es auch Elternschulungen.

Warum handelt die Fraktion jugendfeindlich?

Die SP-Fraktion stimmte im Nationalrat geschlossen für ein Verbot der so genannten Killerspiele. Das ist für uns absolut unverständlich und macht uns sprachlos. Warum ist die SP-Fraktion plötzlich so jugendfeindlich (wir erinnern in diesem Zusammenhang an die ähnlich gloriosen Vorstösse zum Verbot von Red Bull oder Paintball)? Anstatt zu fragen, was die Gründe für Amokläufe und Jugendgewalt sind, wird mit pseudopsychologischen Argumenten ein extrem umstrittener Zusammenhang zwischen Gewalt in Computerspielen und Gewalt im realen Leben hergestellt. Diese Kausalität ist nach dem heutigen Stand der Wissenschaft nicht im Ansatz haltbar. Laut WOZ spielen 80% der männlichen Jugendlichen solche „gewaltverherrlichenden Videogames“ - nur ein winziger Bruchteil von ihnen wird gewalttätig. Dieses Verbot kommt einer Kollektivstrafe gleich – eine Methode, welche inzwischen sogar in der Armee verboten ist. Es kriminalisiert zehntausende von Jugendlichen und stellt sie unter Generalverdacht. Eine Politik gegen die wir uns beispielweise in der Diskussion um den Umgang mit Cannabisprodukten oder die innere Sicherheit immer gewehrt haben.

Unklare Begriffe

Bereits die verwendete Begrifflichkeit „Killer“spiel und „grausam“ verhindert eine sachliche Betrachtung. Der „Killer“ ist an sich bereits negativ behaftet. Wer Killerspiele spielt, ist also bereits ein potentieller Mörder. Konsequenterweise müssen wir in Zukunft also auch nur noch von Rasern und nicht mehr von Autofahrern sprechen. Der Begriff „grausam“ ist so schwammig, dass er alle auf Wunsch das Verbot aller Spiele zulässt, in denen überhaupt Waffen vorkommen. Zwischen den verschiedenen Genres von Spiele, die gemeint sind, gibt es jedoch gewaltige Unterschiede. Damit hat sich die Fraktion aber offensichtlich nicht einmal befasst.

Einfach alles verbieten?

Um Kunst oder andere Produkte des menschlichen Geistes zu verbieten, braucht es verdammt gute Begründungen. Die historischen Beispiele und Regime, welche die Zensur zu ihrer Methode gemacht haben, brauchen wir nicht weiter zu erwähnen. Von der Alkoholprohibition bis zu Bücherverbrennungen: Die Versuche gingen ausnahmslos schief oder führten zu Diktatur und Terror. Was kommt nach den „Killer“spielen? Bevormunden wir als nächstes die KinogängerInnen, wenn sie besonders grausame Spielfilme wie „James Bond“ schauen wollen? Ein

liberales Verständnis von sozialdemokratischer Politik – zu welchem sich die SP und die JUSO in ihren Programmen uneingeschränkt bekennen – lässt für solche generellen Repressalien keinen Raum.

Wir sind ausserdem überrascht, über die fortschrittsfeindliche Haltung der SP Fraktion. Als der Zug erfunden wurde, hiess es, die Kühe würden nur noch saure Milch produzieren. Als das Telefon, der Fernseher oder der Computer erfunden wurden, redeten Moralapologeten den Untergang der zwischenmenschlichen Kommunikation herbei. Wir dachten allerdings bisher, die Verteufelung des technologischen Fortschritts sei Sache der reaktionären Kräfte und nicht der SP. Wenn die SP Fraktion glaubt, damit auf ein Bedürfnis breiter Bevölkerungsschichten zu antworten, ist das mit Sicherheit falsch. Die „Killer“-spieldebatte wird vor allem von freikirchlichen Kreise forciert, die Jugendlichen in diesem Land verstehen einen solchen Schritt schlicht nicht.

Intelligente Politik statt noch mehr Verbote!

Wir brauchen kein Verbot, welches alle Videospiele kriminalisiert. Wir brauchen eine intelligente Politik, welche Perspektiven schafft, um Gewalt an ihren Wurzeln zu bekämpfen. Was wir brauchen, sind mehr Lehrstellen für Jugendliche, damit diese eine Perspektive erhalten. Wir benötigen mehr Beratung und Hilfe für Jugendliche, welche zu Gewalt neigen oder bereits gewalttätig sind. Wir brauchen einen funktionierenden Jugendschutz bei Computerspielen, welcher Jugendlichen den Zugang zu gewaltverherrlichenden Medien erschwert und den Eltern die Kontrolle des Spielverhaltens ermöglicht.

Wir sind enttäuscht von der SP-Fraktion im Bundeshaus, die über unsere Köpfe hinweg aufgrund von unbelegten Zusammenhängen einen Entscheid fällt, welcher einen grossen Teil der Jungen kriminalisiert. Wir fordern unsere ParlamentarierInnen zu einer Aussprache und einem Überdenken ihres Entscheides auf!